



Ausgabe 01/ 2013

## Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

### ■ Aus dem Bundestag

#### Bezahlbare Mieten

Mietrecht und vor allem die rasant steigenden Miete, gerade auch bei uns in Berlin, bewegt ja (fast) jeden. Nach der Zustimmung des Bundesrates Anfang Februar zum Mietrechtsänderungsgesetz, habe ich viele Briefe erhalten, in denen dies als unsozial kritisiert wird. Die Mehrheiten im Bundesrat waren am 1. Februar 2013 nicht die, die es jetzt nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen sind. Deshalb stimmte die – alte – schwarz-gelbe Mehrheit dort zu.

Auch meine Fraktion kritisiert das Gesetz der Bundesregierung in fast allen Punkten. Bei der öffentlichen Sachverständigenanhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 15. Oktober 2012 lehnten die Experten das Gesetz auch durchweg ab. Die SPD hat eine eindeutige Position zum künftigen Mietrecht und dazu eigene Anträge erarbeitet, die Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter enthalten. Für uns hat der Erhalt des sozialen Mietrechts hohe Priorität und wird auch sicherlich ein Thema des Bundestagswahlkampfes im Herbst sein. Unseren aktuellen Antrag, als Reaktion auf den

#### Inhaltsverzeichnis:



<b>■ Aus dem Bundestag</b>	
Bezahlbare Mieten .....	1
Gleichstellung homosexueller Paare .....	2
Lebensmittelskandal .....	2
Unterstützung Malis.....	3
<b>■ Aus der Fraktion</b>	
Gerhard Schröder in der Fraktion .....	4
Missbrauch von Werkverträgen .....	4
Armuts- und Reichtumsbericht .....	5
Pakt für Kreativwirtschaft .....	5
Sexismus-Debatte .....	6
Förderung von Familie überprüfen .....	6
Mittel für Krippen.....	7
Rechtsgutachten zum Betreuungsgeld .....	8
<b>■ Aus Berlin</b>	
Gedenkveranstaltung 27.01. ....	8
SPD-Bürgerdialog .....	9
SINGEN. / Die Carusos.....	9
<b>■ Termine</b>	
GirlsDay .....	9
Unter uns .....	9

Gesetzesentwurf der Bundesregierung, sieht deshalb auch folgendes vor:

Wir brauchen ein Mietrecht, das seiner sozialen Funktion wieder gerecht wird und Mietsteigerungen begrenzt. Das gilt sowohl für bestehende Mietverträge, als auch bei der Wiedervermietung. Maklerkosten sollen künftig





vom Vermieter übernommen werden. Wer bestellt, bezahlt.

Wir brauchen ein „Bündnis für Bezahlbares Wohnen“, an dem sich Bund, Länder, Kommunen, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Gewerkschaften und Sozialverbände beteiligen. Unser Ziel ist ein breit angelegtes Maßnahmenbündel für Wohnungsbau, energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen – eingebettet in eine Politik der sozialen Stadt. Dabei geht es uns nicht um Luxusapartements in Innenstadtlagen, sondern um gute Wohnungen für alle. Wir wollen den kommunalen Wohnungsbau und Genossenschaften stärken. Denn diese garantieren Mietsicherheit und soziale Stabilität.

Unseren Antrag finden Sie hier:

<http://www.spdfraktion.de/themen/deutschland-braucht-bezahlbare-mieten>

## Gleichstellung homosexueller Partnerschaften

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Frage des Adoptionsrechts gleichgeschlechtlicher Partner heißt es, die CDU wolle ihren bisherigen Kurs der Modernisierungsblockade aufgeben. In unserer Gesellschaft wird die volle Gleichstellung homosexueller Partnerschaften schon lange gewollt. Allerdings ist der plötzlicher Schwenk der Bundeskanzlerin – wie in vielen anderen Fragen auch – nicht glaubwürdig. Ihr geht es nicht um Gleichstellung, sie will eine ihr im Wahlkampf lästige Sache vom Tisch haben und nicht noch eine Schlappe vor dem BVerfG kassieren. Seit Jahren hat Merkel alle unsere Initiativen zur vollen Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare blockiert. Zuletzt haben wir die steuerliche Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit dem Jahressteuergesetz 2013 eingebracht. Noch am 17. Januar haben die Abgeordneten von CDU, CSU und

FDP das in 2 namentlicher Abstimmung abgelehnt. Auch jetzt beginnen die Unionsspitzen schon wieder zurück zurudern. Ankündigungen sind bei dieser Regierung nichts wert, es zählen nur noch Taten. Die SPD-geführten Bundesländer werden schon am 1. März einen neuen Gesetzentwurf zur steuerlichen Gleichstellung im Bundesrat zur Abstimmung bringen. Er hat gute Chancen, mit rot-grüner Mehrheit beschlossen zu werden. Wir werden dieses Gesetz dann auch in den Bundestag einbringen. Die CDU bekommt also bald Gelegenheit zu zeigen, wie ernst ihr die Gleichstellungspolitik ist.

(Und ich habe damals meiner Tochter bei der Heirat mit Birgid versprochen, dass die SPD das durchsetzt, mal sehen, ob ich das noch schaffe!)

## Lebensmittelskandal: Aigners Prüfplan lässt vieles offen

Bio-Eier, die keine sind, Pferdefleisch in falsch gekennzeichneten Fertigprodukten. Und einmal mehr ist es ein handfester Lebensmittelskandal, der Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) nun aber endlich dazu treibt, den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Angriff zu nehmen. Das zumindest suggeriert der Zehn-Punkte-Aktionsplan vom 18. Februar, den sie gemeinsam mit den Verbraucherministerinnen und -ministern der Länder verabschiedet hat.

Vielleicht wäre uns so mancher Skandal erspart geblieben oder aber er hätte schneller entdeckt werden können, wenn Aigner getreu ihrem Amtsvorgänger Seehofer (CSU) ihre Politik nicht an den Interessen der Lebensmittellobby ausrichten würde. Möglichkeiten im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher umzusteuern hat sie in den vergangenen drei Jahren genug gehabt. Sie hat sie schlicht nicht genutzt.



Wer sich den Aktionsplan genau ansieht merkt schnell: Von zehn Punkten sind vier lediglich Prüfaufträge: So soll die „Anforderung an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen auch im Hinblick auf Täuschungen und Irreführung bei Lebensmitteln“ überprüft werden. Gleiches trifft auf die Informationspflichten der Unternehmen gegenüber den Behörden zu. Auch die Einführung eines Frühwarnsystems, mit dem Überwachungsbehörden proaktiv gegen vermutete Täuschungen vorgehen könnten, steht nur als Prüfauftrag im Aktionsplan genauso wie schärfere Sanktionsmöglichkeiten z. B. durch Abschöpfung von Gewinnen aus Täuschungsmanövern.

Betrug muss hart bestraft werden, dafür müssen die Strafverfolgungsbehörden sorgen. Die durch Verbrauchertäuschung erzielten Gewinne müssen abgeschöpft werden. Dazu bedarf es keiner Gesetzesänderung. Die Strafverfolgung wird einfacher, wenn die Länder schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten.

## Europäische Unterstützung bei der Stabilisierung Malis

Der Bundestag hat in dieser Woche über die deutsche Beteiligung der internationalen Einsätze in Mali abgestimmt. Mali befindet sich seit über einem Jahr in einer krisenhaften Entwicklung. Im Frühjahr 2012 gelang es islamistischen Kräften, weite Teile des Nordens Malis unter ihre Kontrolle zu bringen. Seitdem hat sich die humanitäre Lage in der Region enorm zugespitzt. Schwerste Menschenrechtsverletzungen, Tötungen, Geiselnahmen und die Zerstörung kultureller und religiöser Stätten waren seitdem an der Tagesordnung. Mehr als 350.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich auf der Flucht.

Vor diesem Hintergrund hat der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 mit der Resolution 2085 eine Internationale Unterstützungsmission in Mali

unter afrikanischer Führung (AFISMA) ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wieder herzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden aufgefordert, AFISMA zu unterstützen.

Am 19. Februar hat das Bundeskabinett die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali beschlossen. Beide Anträge sind durch VN-Resolutionen gedeckt und sind bei der Abstimmung am 28. Februar mit großer Mehrheit beschlossen worden.

Zum einen geht es um die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Ziel dieser Mission ist es, die Regierung in Mali bei der Stabilisierung der Lage im Land durch die Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der malischen Armee effektiv zu unterstützen. Die EU hat am 18. Februar auf Bitten der malischen Regierung und in Verbindung mit den VN-Sicherheitsratsresolutionen 2071 und 2085 einen entsprechenden Beschluss zur Entsendung von ca. 450 Ausbildern und Kräften, die für Sicherheit, Verwaltung und medizinische Versorgung zuständig sind, beschlossen. Zahlreiche europäische Länder werden sich daran beteiligen. Deutschland wird mit ca. 40 Ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften vertreten sein. Anfang April soll EUTM Mali seine Arbeit aufnehmen.

Das zweite Mandat sieht die Entsendung deutscher Soldaten zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission AFISMA vor. Dabei geht es schwerpunktmäßig um eine entsprechende Unterstützung von AFISMA durch Lufttransport und Luftbetankung französischer Streitkräfte im Rahmen von Unterstützungsoperationen für AFISMA. Beide Mandate haben eine Dauer von zwölf Monaten.

Wie Gernot Erler, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion erklärte, darf sich die



Unterstützung Malis jedoch nicht allein auf militärische Maßnahmen beschränken. Entscheidend ist ein breit angelegter politischer Prozess, der vor allem auch den Dialog zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen des Nordens beinhaltet und sie in einen Aussöhnungs- und Friedensprozess einbindet. Langfristige Stabilität wird nur zu erzielen sein, wenn allen Bevölkerungsgruppen eine gleichberechtigte Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung Malis ermöglicht wird. Humanitäre Hilfe und die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls von besonderer Dringlichkeit, um eine Hungerkatastrophe im kommenden Jahr zu verhindern. Dies wird nur gelingen, wenn die Menschen möglichst bald wieder zurück in ihre Heimat können, um vor Beginn der Regenzeit die Felder zu bestellen."

## ■ Aus der Fraktion

### Schröder zum Irakkrieg

Vor fast 10 Jahren, am 20. März 2003, begann der Zweite Irakkrieg. Deutschland hat sich nicht beteiligt – unser damaliger Bundeskanzler Gerhard Schröder diesen Krieg entschieden abgelehnt. Anlässlich des bald kommenden 10 Jahrestages möchte meine Fraktion an diese klare Haltung erinnern. Auch ich fand das damals sehr beeindruckend und haben ihn unterstützt! Gerhard Schröder bestand damals darauf, der Gefahr, die vom Irak ausging, mit einer „Logik des Friedens“, nicht mit einer „Logik des Krieges“ zu begegnen.

Gerhard Schröder wird zu unserer nächsten Fraktionssitzung kommen und am 12. März in einer kurzen Rede an seine damalige Entscheidung erinnern. Ich freue mich sehr darauf.

### Missbrauch von Werkverträgen stoppen

Die aktuellen Meldungen über die Arbeitsbedingungen bei Amazon sind nur die Spitze des Eisbergs. Bei Schlachtereien, Lebensmitteldiscounter und Paketzusteller – in zahlreichen Branchen nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, die nicht der Stammebelegschaft angehören, sondern einen Arbeitsvertrag bei einer Drittfirma besitzen. Zwar haben Werkverträge in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft eine lange Tradition, jedoch werden sie zunehmend von Arbeitgebern genutzt, um die Personalkosten zu reduzieren: Gruppen von Arbeitnehmern oder Solo- (Schein)Selbstständige werden als Fremdpersonal in Unternehmen neben der eigentlichen Stammebelegschaft eingesetzt. Teilweise werden auch ganze Betriebsteile ausgegliedert.

Die Folgen: Lohn- und Sozialdumping, mangelnder sozialer Schutz der Beschäftigten und die Umgehung der Mitbestimmung. Kaum ist die Leiharbeitsbranche durch europäische Vorgaben etwas besser reguliert und ein Mindestlohn für Leiharbeiter eingeführt, missbrauchen Arbeitgeber Werk-, Dienst-, oder Geschäftsbesorgungsverträge nicht nur als Instrument der Personalflexibilisierung, sondern vor allem zur Reduzierung von Lohnkosten.

Diesem Missbrauch muss begegnet werden. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der klare Kriterien zur Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beinhaltet, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte für Fremdpersonal in den Unternehmen ausweitet und Sanktionen bei Missbrauch festschreibt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den gesetzlichen Regelungen klarer



fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei falscher Etikettierung verschärfen. Auch Schein-Selbständigkeiten sollen klarer definiert werden. Sofern kein eigenständiges Werk erstellt wird und das Werkvertragsunternehmen in den regulären Produktionsablauf eingebunden ist, handelt es sich um „Scheinwerkverträge“, die unterbunden werden müssen. Betriebsräte sollen mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz bekommen. Zudem soll ein branchenunabhängiger gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro eingeführt werden. Die Bundesregierung soll ein Gutachten über Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal in Auftrag geben.

### **Schwarz-Gelb verfälscht Armuts- und Reichtumsbericht**

Das Kabinett wollte den verfälschten 4. Armuts- und Reichtumsbericht eigentlich am 19. Dezember vergangenen Jahres beschließen, dann wurde es Januar, und jetzt heißt es, er solle am 6. März beraten werden. Am 21. Februar hat der Bundestag über den Umgang der Bundesregierung mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht heftig debattiert.

Skandalös ist, was Merkels Regierung sich erlaubt beim Armuts- und Reichtumsbericht. Ganze Passagen wurden dort verfremdet, gekürzt, umgeschrieben. Und zwar solche, die offen legen, wie sehr das Land unter einer Gerechtigkeitslücke leidet, wie schnell große Vermögen weiter anwachsen, wie schnell Menschen aber auch abstürzen ins Prekariat. Hier soll die eigene verfehlte Sozialpolitik bürokratisch verschleiert werden!

Die erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts aus dem Arbeits- und Sozialministerium erreichte am 19. September

2012 durch einen ersten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Öffentlichkeit. Offensichtlich gab es im Hause von Frau von der Leyen Befürchtungen, dass ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen, allen voran die der FDP, den Bericht so nicht würden stehen lassen. Denn diese erste Fassung enthielt Bewertungen mit einem kritischen Blick auf die soziale Lage und die Lebensverhältnisse in Deutschland. Die zweite Entwurfsfassung vom 21. November 2012, die dem wissenschaftlichen Beraterkreis und Verbänden vorgelegt wurde, ist bereinigt und geschönt. Andere Ressorts und vor allem das FDP-geführte Wirtschaftsministerium haben sich offenbar ihre eigene Wirklichkeit zusammengestrichen und den Bericht frisiert.

Mehr dazu im Internet:

<http://www.spdfraktion.de/themen/schwarz-gelb-verf%C3%A4lscht-armuts-und-reichtumsbericht>

### **Ein Pakt für die Kreativwirtschaft**

Die SPD-Fraktion darum ihren sorgsam erarbeiteten Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – ein Pakt für die Kreativwirtschaft“ in den Bundestag eingebracht.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier sagte in seiner Rede vor dem Parlament: „Die Realität für viele Künstlerinnen und Künstler sind nicht Rote Teppiche und Glamour, sondern eher das Backen kleiner Brötchen.“ Dabei könne sich die Wertschöpfung der Kreativwirtschaft „locker mit der Automobilindustrie messen“. Darum müsse die Wertschätzung für Künstler über Sonntagsreden hinausgehen.

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Prosperität in unserem Land hängen wesentlich von der Innovationskraft, der Kreativität und den





Talenten in unserer Gesellschaft ab. Wir wollen nicht mit anderen Ländern um billigere Löhne und niedrigere Arbeits- und Sozialstandards konkurrieren. Die Antwort muss darin bestehen, die besseren und intelligenteren Produkte, Verfahren und Dienstleistungen anzubieten, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu bestehen. Wir wollen einen vorsorgenden Sozialstaat, der in die Zukunft investiert und vordringliche gesellschaftliche Aufgaben erfüllt. Innovation, Kreativität und Talent sind dabei maßgebliche Ressourcen.

Es geht um die Veränderung von Strukturen. Der Kreativpakt ist das dazu passende Programm. Denn Kreativität ist der Rohstoff des 21. Jahrhunderts.

In dem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung u. a. auf:

- ein Gesamtkonzept für die Förderung Kreativwirtschaft vorzulegen, welches die komplexen Erwartungen und Bedürfnisse der Kreativwirtschaft – orientiert an den Vorschlägen des Kreativpaktes zu den Bereichen Urheberrecht, soziale Sicherung, Bildung, Netzpolitik sowie Kultur- und Wirtschaftsförderung – berücksichtigt und damit dieser Branche die politische Aufmerksamkeit zuteil werden lässt, die sie aufgrund ihrer Bedeutung verdient;
- einen mit den Ländern abgestimmten Bericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft vorzulegen, um die Potenziale, Chancen und Trends besser als bisher einschätzen zu können und auf dieser Grundlage ein zwischen Kommunen, Ländern und Bund abgestimmtes, koordiniertes und wirksames Handeln zu ermöglichen;
- die Chancen und Potenziale dieser dynamisch wachsenden Branche zu fördern und nicht – wie die aktuelle Bundesregierung – zu verspielen;

Alle weiteren Forderungen in den Teilgebieten sind im Antrag auf [www.spdfraktion.de/kreativpakt](http://www.spdfraktion.de/kreativpakt) nachzulesen. Dort findet sich auch der Film.

### **Sexistische Äußerungen sind peinlich und unprofessionell**

Und da ist sie wieder – die alte Debatte aus den 1970er- und 1980er-Jahren über das sexistische Verhalten von Männern gegenüber Frauen am Arbeitsplatz und auch über die Zerrbilder, die in den Medien Frauen zum Sexobjekt degradieren. Es war ein Trugschluss, dass sie nach vier Jahrzehnten engagiertem Feminismus und neuem weiblichen Selbstbewusstsein überwunden ist. Nein, Sexismus ist leider auch im 21. Jahrhundert noch aktuell, und auch die alten Reflexe über die Debatte sind wieder da.

Die SPD-Fraktion hat diese Diskussion aufgenommen und am 20. Februar den Dialogprozess mit einem öffentlichen Fachgespräch eingeleitet. Eine Woche später hat sie über Konsequenzen aus der Sexismusdebatte diskutiert. Mehr dazu hier:

<http://www.spdfraktion.de/themen/sexismus-w%C3%A4chst-durch-m%C3%A4nnerdominierte-machtstrukturen>

### **Förderung von Ehe und Familie überprüfen**

Die Evaluierungsergebnisse der familienpolitischen Leistungen in Deutschland bestätigen die Vorschläge der SPD-Bundestagsfraktion: Frühkindliche Bildung und Ganztagschulen müssen ausgebaut werden.

Insgesamt lässt sich Deutschland seine Familienförderung laut einer Studie des Bundesfamilienministeriums rund 200 Milliarden Euro kosten. Deutschland ist weit vorne, was die



Förderung angeht, aber Schlusslicht bei der Geburtenrate und bei den beruflichen Aussichten junger Mütter. 30 Millionen Euro hat die Bundesregierung für die Studie bezahlt. Doch sie hält die Ergebnisse sowohl vom Parlament als auch von der Öffentlichkeit fern.

Die Studie, die nun über die Medien bekannt wurde, fordert unter anderem die Abschaffung des Ehegattensplittings sowie den Ausbau von Ganztagsangeboten für Bildung und Betreuung. Das Ehegattensplitting führe dazu, heißt es in der Studie, dass Ehefrauen und Mütter keiner Berufstätigkeit nachgehen oder aber in Teilzeit- und Minijobs nur ein Zubrot verdienen. Auf der anderen Seite führe die durch das Ehegattensplitting geförderte Alleinverdienerehe dazu, dass die Ehemänner und Väter mehr arbeiteten und dadurch weniger Zeit mit ihren Kindern verbrachten.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert seit geraumer Zeit, das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen abzuschaffen und stattdessen eine Individualbesteuerung vorzunehmen. Für bereits bestehende Ehen soll es einen Vertrauensschutz geben. Außerdem wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Betreuungsgeld im Bundesrat stoppen. Denn es setzt einen völlig falschen Anreiz: Es hält Kinder von früher Bildung in öffentlich finanzierten Einrichtungen und Mütter vom Arbeitsplatz fern. Die SPD-Fraktion setzt auf den flächendeckenden Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung sowie von Ganztagschulen. So soll es künftig einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und -schule geben, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bekommen ist.

Außerdem will die SPD-Fraktion Arbeitszeitmodelle, die es Eltern ermöglichen, partnerschaftlich neben der Arbeitszeit die Familienarbeit organisieren zu können.

Geringverdiener sollen von einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn profitieren. Darüber hinaus soll es einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und ein Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz geben. Das Elterngeld soll partnerschaftlicher weiterentwickelt werden. Gemeinsam mit Ländern und Kommunen soll der Bund eine beitragsfreie Kinderbetreuung, die auf die Arbeitszeiten der Eltern abgestimmt ist, durchsetzen. Mit einem neuen Kindergeld will die SPD-Fraktion Familien mit kleineren und mittleren Einkommen besser unterstützen und Vorteile für Besserverdienende abschaffen. Darüber hinaus wollen die Sozialdemokraten mit einem Maßnahmenbündel Alleinerziehende besser unterstützen.

### **SPD setzt zusätzliche Mittel für Krippenausbau durch**

Wenige Monate (1. August 2013) vor dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder eine Kindertagespflegestelle für Kinder ab dem ersten Geburtstag muss der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung in unserem Land massiv vorangebracht werden. Wenn die Kommunen den Rechtsanspruch gegenüber den Eltern nicht einlösen können, droht ihnen eine Klagewelle.

Seit längerem ist bekannt, dass der Bedarf an Plätzen in Kitas und in der Kindertagespflege höher ist, als ursprünglich von der Bundesregierung angenommen. Allerdings hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) diesen höheren Bedarf stets bestritten. Dank des massiven Drucks der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Bundesländer stellt die Bundesregierung nun zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau bereit. Damit beteiligt sich der Bund an der Schaffung von zusätzlichen 30.000 Plätzen. Der Bundestag hat





dazu in dieser Woche das „Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“ beschlossen.

Mit diesem Gesetz sollen 2013 und 2014 insgesamt 580 Millionen Euro für Investitionskosten für zusätzliche 30.000 Betreuungsplätze bereit gestellt werden. Damit beteiligt sich der Bund künftig an der Förderung von 780.000 Plätzen anstatt bisher nur an 750.000 Plätzen. Darüber hinaus stellt der Bund mit dem Gesetz über eine Neuverteilung bei der Umsatzbesteuerung weitere Mittel für die Betriebskosten in Aussicht: 2013 sind es zusätzlich 18,75 Millionen Euro, 2014 weitere 37,50 Euro und ab 2015 sind es zusätzlich 75 Millionen Euro fortlaufend. Der Bund beteiligt sich also 2014 mit insgesamt 807,5 Millionen Euro anstatt mit 770 Millionen Euro an den Betriebskosten. Und ab 2015 sind es sogar 845 Millionen Euro.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Gesetzentwurf, der auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorgelegt wurde. Seit drei Jahren hat die SPD-Fraktion immer wieder auf die fehlenden Kitaplätze hingewiesen und zusätzliches Engagement vom Bund u. a. auch durch einen Krippengipfel eingefordert. Um den Rechtsanspruch sicherzustellen hat sie im Herbst 2011 ein Ergänzungsprogramm für den Kitausbau in Höhe von 300 Millionen vorgeschlagen – die Bundesregierung lehnte ab.

### **Rechtsgutachten zum Betreuungsgeld**

Dagmar Ziegler, stellvertr. Vorsitzende der Fraktion, und Brigitte Zypries, Justiziarin der SPD-Fraktion, gemeinsam mit Staatsrechtler Prof. Dr. Wieland das von der Fraktion beauftragte Rechtsgutachten zu Verfassungsfragen des Betreuungsgeldes vorgestellt.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung zur Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder, deren Eltern keinen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz in einer Krippe oder bei Tageseltern in Anspruch nehmen, verfassungswidrig ist.

Damit würde ein Anreiz geschaffen, Kinder nicht in staatlich finanzierten Einrichtungen betreuen zu lassen. Hier lenke der Staat die Entscheidung der Eltern, was gegen die im Grundgesetz festgeschriebene Betreuungsfreiheit der Eltern verstoße.

Darüber hinaus widerspreche das Betreuungsgeld dem Allgemeinen Gleichheitsgrundsatz. Das bedeutet, Eltern, die ihre Kinder in einer öffentlich finanzierten Krippe betreuen lassen, dürfen nicht schlechter gestellt werden, als Eltern von Kindern, die privat finanzierte Einrichtungen besuchen. Damit bestätigt das Gutachten, den Vorwurf der SPD-Fraktion, dass das Betreuungsgeld das System öffentlich finanzierter Infrastruktur auf den Kopf stellt. Denn sonst könnten künftig auch Prämien ausbezahlt werden, wenn jemand öffentliche Bibliotheken nicht in Anspruch nimmt.

### **■ Aus Berlin**

#### **Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus**

Gedenktag ist der 27. Januar, der Tag, an dem sowjetische Soldaten im Jahr 1945 das Vernichtungslager Auschwitz befreit hatten. Seit 1996 wird in Deutschland jedes Jahr an diesen Tag erinnert. In diesem Jahr hat die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron die Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gehalten. Da ich Inge Deutschkron schon lange kennen, hat mich das sehr bewegt. Vor dem Hintergrund der Lebensgeschichte von Inge Deutschkron, war es





schon ein besonderes Gefühl, dass sie uns die Ehre erwiesen hat, im Bundestag zu sprechen.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnete die Veranstaltung. Er mahnte, dass „unsere Demokratie täglich gestaltet und verteidigt werden müsse.“ Er betonte: "Wir gedenken heute aller Opfer der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus."

Inge Deutschkron erzählte ihre bewegende Lebensgeschichte unter der Überschrift "Das zerrissene Leben". Sie schilderte, wie sie als Zehnjährige die Machtübernahme der Nazis erlebte. Sie habe damals gar nicht gewusst, was eine Jüdin ist. Der Stern habe dazu geführt, dass sie kaum noch angesehen wurde. Er sei eine "diskriminierende Isolation" gewesen.

Inge Deutschkrons Rede können Sie in der Mediathek des Bundestages anschauen:

<http://www.bundestag.de/Mediathek/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=2144162&&instance=m187&categorie=Sonderveranstaltungen&mask=search&&destination=&destination=search>

## Bürger-Dialog der SPD

Der SPD Bürger-Dialog ist das größte Projekt zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in der Geschichte der SPD! Auf bundesweit mehr als 350 Veranstaltungen haben wir Menschen gefragt: „Was muss in Deutschland besser werden?“ Rund 40.000 Ideen wurden eingereicht. 300 Bürger erarbeiten beim Bürgerkonvent am Samstag die besten Vorschläge aus.

Mehr finden Sie im Internet unter:

[https://www.spd.de/aktuelles/90816/20130225\\_spd\\_buergerdialog.html](https://www.spd.de/aktuelles/90816/20130225_spd_buergerdialog.html)

## SINGEN.

Der Deutsche Chorverband will mit dem Projekt SINGEN.Bündnisse Kinder zwischen 3 und 12 Jahren, insbesondere aus bildungsbenachteiligten Verhältnissen fördern. Mehr über das Projekt, das vom Bildungsministerium im Rahmen von „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“ gefördert wird, finden Sie hier:

<http://www.deutscherchorverband.de/singenbuendnisse/>

## Die Carusos

Ein weiteres aktuelles Projekt des Deutschen Chorverbandes ist „Die Carusos“ – Qualitätsmarke für Kindertageseinrichtungen. Wenn eine Kita besonderen Wert auf Musik legt und verschiedene Kriterien erfüllt, wie z.B. tägliches Singen, eine vielfältige Liedauswahl etc. kann sie für drei Jahre die Auszeichnung „DIE CARUSOS“ erhalten. Mehr dazu:

<http://die-carusos.de/zertifizierung/>

## Deutscher Bürgerpreis

Eine moderne, lebendige Gesellschaft zeichnet sich durch Demokratie und Teilhabe aus. Diesem Thema widmet sich der Deutsche Bürgerpreis 2013 unter dem Motto „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“.

Deutschlands größter bundesweiter Ehrenamtspreis lobt Preisgelder im Wert von insgesamt rund 310.000 Euro aus. Bewerben kann sich jeder, dessen bürgerschaftliches Engagement geprägt ist von einem gemeinschaftlichen und demokratischen Prinzip.





<http://www.deutscher-buergerpreis.de/>

Gesucht werden freiwillig engagierte Personen, Projekte und Unternehmer, die die Mitmachkultur in den Kommunen stärken und so die Lebensqualität vor Ort verbessern. Wenn dies auf Sie zutrifft oder Sie Projekte dieser Art kennen, sind Sie herzlich eingeladen, sich beim Deutschen Bürgerpreis 2013 zu bewerben oder andere vorzuschlagen.

## ■ Aus dem Wahlkreis

### Girls Day am 25. April

Auch dieses Jahr können Mädchen aus Charlottenburg-Wilmersdorf mich einen Tag lang begleiten und so vieles über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete erfahren.

Wer teilnehmen möchte, meldet sich in meinem Büro bis zum 2. April per Telefon oder per Mail.

Weiteres hier:

## ■ Termine

### Bürgersprechstunde

Meine nächste Bürgersprechstunde findet statt am Freitag, den 15. März, von 15.30 bis 17.00 Uhr. Bitte melden Sie sich, wenn Sie einen Termin haben wollen.

### Unter uns Frauen

Gemeinsam mit Ülker Radziwill, MdB und Kandidatin für die Bundestagswahl im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf lade ich zu meiner Gesprächsrunde „Unter uns... Frauen“ ein.

**Am Freitag, den 15. März 2013,  
von 17 bis 19 Uhr**

treffen wir uns, um ohne Tagesordnung und ohne vorgegebenes Thema über das zu sprechen, was uns bewegt. Schauen Sie doch mit Ihren Freundinnen, Kolleginnen, Nachbarinnen in der Goethe15 vorbei. Bitte melden Sie sich an. Wir freuen uns auf Sie.

## So können Sie mich erreichen

### Bundestag

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: (030) 227 – 77262

Fax: (030) 227 – 76263

[petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Goethestr. 15  
10625 Berlin

Tel: (030) 3138882

Fax: (030) 31800168

[petra.merkel@wk.bundestag.de](mailto:petra.merkel@wk.bundestag.de)

### Öffnungszeiten

Montag und Dienstag: 12 bis 16 Uhr

Mittwoch und Donnerstag: 10 bis 14 Uhr

Freitag: geschlossen

